

Grünberger Wochenblatt.

Zeitung für Stadt und Land.

Dieses Blatt erscheint in einer regelmäßigen Auflage von 5000 Exemplaren.

Erscheint wöchentlich drei Mal: Sonntag, Mittwoch und Freitag. Vierteljährlicher Abonnementspreis in der Expedition 50 Pf., in den Commanditen 60 Pf., durch den Colporteur ins Haus gebracht 60 Pf., bei der Post 65 Pf., durch den Briefträger oder Landboten 90 Pf.

Dieses Blatt erscheint in einer regelmäßigen Auflage von 5000 Exemplaren.

Kaiser und Kanzler.

Die Gründe des Rücktritts des Reichskanzlers, welcher, wie allmählich bekannt wird, durchaus kein völlig freiwilliger war und sich durchaus nicht in den freundlichsten Formen vollzog, werden in einem Artikel der "Nordd. Allg. Ztg.", die also auch nach der Kanzlerkrisis Bismarck bleiben will, offen klargelegt. Diesen Artikel, dessen Spitze sich gegen die Person des Monarchen selbst richtet, wollen wir wörtlich wiedergeben, da er für das Verständnis der politischen Lage von ungemeiner Wichtigkeit ist. Er stellt sich äußerlich als eine Polemik gegen ein anderes officiöses Blatt dar und lautet:

Der Hamburger Correspondent bringt den "Rücktritt des Fürsten Bismarck" damit zusammen, daß "in den letzten Jahren namentlich auf dem Gebiete der inneren Politik, die Erfolge seltener geworden seien". Das genannte Blatt, dessen wohlwollende Haltung wir im Uebrigen anerkennen, ist in diesem Punkte nicht gerecht. Die Erfolge auf dem Gebiete der inneren Politik hängen bei uns wesentlich mit den Wahlen zusammen, und es ist unbillig, Minister wegen Mangel an solchen Erfolgen anzuklagen, auch wenn sie in dem Maße leitend wären, wie es der bisherige Reichskanzler seit Kaiser Wilhelm's Tode nicht mehr gewesen ist.

Von der Rücknahme eines ersten Entlassungsgesuchs, von dem der "Hamburgische Correspondent" spricht, ist in den betheiligten Kreisen nichts bekannt. Der Reichskanzler hat kein Gesuch zurückgenommen. Es beruht auf einer irrtümlichen Information des "Hamburgischen Correspondenten", wenn er behauptet, der Versuch des Fürsten, Resignation zu üben, habe als endgültig misslungen angesehen werden müsse, als transpirierte, daß Fürst Bismarck von der Bestimmung nicht abgehen wollte, wonach kein unmittelbarer Verkehr der Staatssecreteäre und, auf Grund einer alten Cabinetsordre vom Jahre 1852, selbst nicht der preussischen Minister mit dem Landesherren ohne seine Controle und Mitwirkung stattfinden habe.

Was der "Hamburgische Correspondent" als "transpiriert" bezeichnet, stimmt mit unserer eigenen Information überein. Der Verkehr der Staatssecreteäre mit dem Kaiser ist durch die Verfassung und das Stellvertretungsgesetz definitiv geregelt. Die Beziehungen der preussischen Minister zum Landesherren wurden es 1852, als sich nach Einführung der Verfassung die Notwendigkeit dazu herausstellte, und die Stellung des Ministerpräsidenten zu seinen Kollegen hat bisher ausschließlich auf einer Ordre des gedachten Jahres beruht, wenn auch unter dem Präsidium des Fürsten Bismarck bis in die jüngste Zeit kein Bedürfnis vorgelegen hatte, in offensibler Weise auf diese, für den Ministerrath bestehende Regulative Bezug zu nehmen. Erst in den letzten Wochen hat der Präsident des Staatsministeriums ein solches Bedürfnis empfunden. Es ist auch richtig, daß er zur Ausführung des kaiserlichen Befehls, die Ordre von 1852 aus der Welt zu schaffen, die Hand nicht hat bieten wollen, weil er dieselbe für unentbehrlich hielt, wenn ein Präsidium des Staatsministeriums fortbestehen sollte. Der "Hamburgische Correspondent" ist wohl unterrichtet, wenn er annimmt, daß diese Ablehnung dem Präsidenten des Staatsministeriums über die unabwiesliche Notwendigkeit seines Rücktritts schließlich die volle Klarheit gegeben hat.

Ein Irrthum dagegen ist es, wenn der "Hamburgische Correspondent" annimmt, daß Besprechungen des Fürsten Bismarck mit Herrn Windthorst das Lumberland'sche Vermögen zum Gegenstande gehabt haben. Wir sind sicher, daß hiervon nicht die Rede gewesen ist. Der Verkehr des Kanzlers mit Windthorst spielt in der ganzen Krisis nur insofern eine Rolle, als der Kanzler sich geweigert hat, seinen Verkehr mit Abgeordneten einer Controle zu unterwerfen.

Unvollkommen unterrichtet zeigt sich der "Correspondent" weiter, wenn er behauptet, daß es an Versuchen, den Fürsten zur Weiterführung der auswärtigen Politik zu bewegen nicht gefehlt habe. Im preussischen Staatsministerium mögen Versuche der Art allerdings stattgefunden haben; aber persönliche Schritte des Kaisers oder einflussreicher Bundesherren sind nicht erfolgt. Ob die Trennung der auswärtigen und der inneren Politik nach unseren vorläufigen Einrichtungen praktisch ausführbar

gewesen sein würde, darüber sind die Meinungen getheilt. Diejenige, daß es thunlich sei, scheint heute nicht vorzuwalten, da auch bei dem Nachfolger des Fürsten Bismarck die kanzlerische Stellung und die des Präsidenten des Staatsministeriums ungetrennt bleiben werden."

Dies der famosse Artikel der Norddeutschen. Was ergibt sich aus demselben? Im ersten Absatz wird indirect behauptet, nicht der Kanzler, sondern der Kaiser trage die Schuld an dem Ausfall der Reichstagswahlen. Das ist aber unrichtig. Die Parole der unabhängigen Parteien hieß: Gegen Bismarck!

Im zweiten und dritten Absatz wird zu erkennen gegeben, daß der Kanzler darauf bestanden habe, nicht nur die preussischen Minister, sondern auch die Staatssecreteäre im Reiche dürften nicht direct mit dem Träger der Krone conferiren, sondern es müsse jeder Verkehr durch ihn als Reichskanzler resp. preussischer Ministerpräsident gehen. Das hat ein Mann verlangt, der den größten Theil des Jahres hindurch von Berlin abwesend ist! Vermuthlich hätte der Kaiser ab und zu nach Friedrichsruh oder Varzin reisen sollen, um sich über die Lage der Dinge zu unterrichten!

Auf der andern Seite hat, wie aus dem vierten Absatz zu erkennen, Fürst Bismarck es für sich in Anspruch genommen, ohne Befragen des Monarchen und ohne Information desselben mit den Führern der Parteien zu conferiren und zu pactiren.

Der letzte Absatz endlich belehrt uns, daß der Kaiser keinen Schritt unternommen hat, um den Fürsten Bismarck zur Weiterführung der auswärtigen Politik zu bewegen. Gerade dies beweist auf das Schlagendste, daß der Kaiser mit dem Fürsten Bismarck überhaupt nichts mehr zu thun haben wollte. Er hat das auch am 18. d. M. den Generalen gegenüber erklärt und hinzugefügt, daß der Kanzler dem Kaiser nie mehr wieder mit Rath und That zur Seite stehen werde. Bis dahin soll Fürst Bismarck geglaubt haben, der Kaiser werde ihn zur Zurücknahme seines Demissionsgesuchs bestimmen. Es soll einen tiefen, ihn fast zu Thränen rührenden Eindruck auf ihn gemacht haben, als er nun durch die ihm überbrachten beiden kaiserlichen Handschriften vor die Thatfache seiner Entlassung gestellt ward. Gleichwohl soll Fürst Bismarck bei der Frühstückstafel am vergangenen Donnerstag, als er sich mit großer Offenheit über Personen und Verhältnisse aussprach, welche seinen Rücktritt herbeigeführt haben, geäußert haben: "le roi me reverra" (der König wird mich wiedersehen). Wenn das wahr ist, so war es eine sehr äbel angebrachte Bemerkung. Unersehrlich ist auch Fürst Bismarck nicht; und der Kaiser wird wohl, als er ihn entließ, gewußt haben, was er that. Fürst Bismarck wird nach seinem Rücktritt nicht eine ähnliche Vertrauensstellung einnehmen, wie Graf Moltke. Der obige Artikel der "Nordd. Allg. Ztg." ist, bildlich genommen, die Scheere, mit welcher das Tisch Tuch zwischen Kaiser und Kanzler für immer durchschnitten wurde.

Tagesereignisse.

Das Krönungs- und Ordensfest ist am Sonntag im königlichen Schlosse zu Berlin in alt-hergebrachter Weise gefeiert worden. Bei dem Festmahle brachte der Kaiser folgenden Toast aus: "Ich trinke auf das Wohl der neuernannten Ritter und derjenigen, die es bereits sind." Während der Tafel sprach der Kaiser wiederholt mit General Caprivi und trank den Wotschaltorn Graf Széchényi, Graf Schmalow, Sir Malet, Graf de Launay und dem General-Oberst von Pape zu. Die Ordensverleihungen bringen nicht viel Auffallendes. Sehr bemerkt wird nur, daß Herr Hofprediger Stöcker den Rothen Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife verliehen erhalten hat. Wir müssen es uns versagen, die Empfindungen wiederzugeben, welche diese Ordensverleihung in vielen Kreisen hervorgerufen hat. Schliesslich sei noch bemerkt, daß die dreizehn zur Decorirung vorgeschlagenen Schullehrer erhielten den Adler der Inhaber des königl. Hausordens von Hohenzollern.

Der Besuch des Prinzen von Wales in Berlin wird von der Londoner ministeriellen "Morning-

post" besprochen. Das Blatt sagt, der Besuch sei gleichbedeutend mit dem Wiedereintritt Großbritanniens in das europäische Staatenconcert. Die Rede des deutschen Kaisers zeige klar, daß er die wahre Grundlage der jetzt zwischen England und Deutschland bestehenden, glücklichen Beziehungen verlese und würdige. Vorgestern hat der Prinz von Wales dem Fürsten Bismarck einen längeren Besuch abgestattet.

Eine Friedenskundgebung des deutschen Kaisers ist nach der "Magd. Ztg." gelegentlich der Begegnung desselben mit dem französischen Delegirten zur Arbeiterchukconferenz Jules Simon erfolgt. Der Kaiser hat danach zu letzterem geäußert, er wünsche die besten Beziehungen zu Frankreich zu unterhalten.

Überall ist man der Ueberzeugung, daß durch den Rücktritt des Fürsten Bismarck keine Veränderung in der auswärtigen Politik eintrete. Das officiöse "Wiener Fremdenblatt" erklärt, der Bestand des deutschen Reiches sei nicht von einem einzelnen Sterblichen abhängig, ebenso ruhe der Dreibund auf der Erkenntnis einer so tief reichenden Interessengemeinschaft, daß das Zurücktreten eines noch so bedeutenden Ministers die Friedensliga nicht zu berühren vermöge. Erfüllt von bundesfreundlichen Wünschen für das benachbarte Reich, betrachte Oesterreich-Ungarn mit aufrichtiger Genugthuung jene Zusage, die dem von dem Kaiser erwählten, in manchem wichtigen Amte bewährten Nachfolger des Fürsten Bismarck in Deutschland entgegengebracht werde. Das "Journal de St. Petersbourg" meint, auch bei dem Rücktritt des Fürsten Bismarck könne von einer veränderten auswärtigen Politik nicht die Rede sein. Ministerpräsident Crispi und Fürst Bismarck haben Telegramme ausgetauscht, worin Crispi sein Bedauern über den Rücktritt des Fürsten Bismarck kundgibt und Fürst Bismarck erklärt, sich glücklich gefühlt zu haben, sich einem Staatsmann wie Crispi gegenüber zu befinden, als sie beide die Geschäfte ihrer Länder berieten. Der Fürst bittet, mit seinem Nachfolger die vertrauensvollen Beziehungen weiter zu pflegen, die den Interessen beider Länder so gut gedient hätten. Auch Kaiser Franz Josef und Ralnoth haben dem Kanzler herzliche Schreiben übersandt.

Den "Hamburg. Nachr." wird hochofficiös aus Berlin geschrieben: "Wie es heißt, soll der Kaiser nicht abgeneigt sein, das Septennat fallen zu lassen und die Festsetzung der Friedenspräsenzstärke des Heeres von den jährlichen Bewilligungen des Reichstages abhängig zu machen. Die gesetzliche Einführung der zweijährigen Dienstzeit dürfte nicht in Frage kommen, es handelt sich vielmehr nur um eine praktische Verkürzung der Dienstzeit bei der Infanterie durch größere Ausdehnung des Systems der Dispositionsurlauben. Da die Ausbildung der Specialwaffen (Kavallerie, Artillerie und Pioniere) eine dreijährige Dienstzeit unbedingt erfordert, so würde durch die gesetzliche Einführung der zweijährigen Dienstzeit ein unhaltbares Ausnahmegesetz geschaffen werden." Von einem "unhaltbaren Ausnahmengesetz" kann nicht die Rede sein, wenn für einzelne Specialwaffen eine längere oder kürzere Dienstzeit vorgeschrieben wird als für andere. Schon jetzt beträgt die Dienstzeit für die Trainfahrer bekanntlich nur 6 Monate, während die Dienstzeit für die freiwillig eintretenden Kavalleristen sich auf 4 Jahre erstreckt. Auch für die Gruzagreservisten gilt eine andere Dienstzeit, wie für die übrigen Dienstpflichtigen.

Der in unserm heutigen Leitartikel wiedergegebene Artikel der "Nordd. Allg. Ztg." wird von der gesamten Cartellpresse scharf getadelt. Jedensfalls ist er nicht geeignet, dem Ruhmeskranze des Fürsten Bismarck neue Lorbeeren hinzuzufügen. Fürst Bismarck will sich in diesen Tagen beim Kaiser als Generaloberst melden und verabschieden, auch den Kaiser bitten, ihm zu gestatten, daß er auf die ihm verliehene Würde eines Herzogs von Lauenburg Verzicht leiste. Daraus will er sich nach Friedrichsruh begeben und dann wird wohl Ruhe eintreten. Nach anderen Meldungen will er schon heute abreisen. Am Sonntag hat sich der Fürst mit seiner Gemahlin von der Kaiserin Friedrich verabschiedet. Graf Herbert Bismarck soll sein Entlassungsgesuch schriftlich eingereicht haben; nach der "Kreuzztg." wäre es bewilligt worden. Die Meldungen, daß Generalleutnant Holz Eisenbahn-









